



GEMEINDE ROSSBACH
Landkreis Rottal-Inn

Bekanntmachung

einer Niederlegung durch Anschlag an der Gemeindetafel

Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses für den Bebauungsplan „Industrie- und Gewerbegebiet Esterndorf“ Änderung durch Deckblatt Nr. 1 (SO Erneuerbare Energien Esterndorf) der Gemeinde Roßbach

- **Bebauungsplan „Industrie- und Gewerbegebiet Esterndorf“ Änderung durch Deckblatt Nr. 1 (SO Erneuerbare Energien Esterndorf) gemäß § 30 Baugesetzbuch (BauGB) (Az. 6102.21)**

Die Gemeinde Roßbach hat mit Beschluss vom 30.09.2021 den Bebauungsplan für das Gebiet „Industrie- und Gewerbegebiet Esterndorf“ Änderung durch Deckblatt Nr. 1 (SO Erneuerbare Energien Esterndorf) als Satzung beschlossen. Dieser Beschluss wird hiermit gemäß §10 Abs. 3 des Baugesetzbuchs (BauGB) ortsüblich bekannt gemacht. Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan „Industrie- und Gewerbegebiet Esterndorf“ Änderung durch Deckblatt Nr. 1 (SO Erneuerbare Energien Esterndorf) in Kraft. Jedermann kann den Bebauungsplan mit der Begründung sowie die zusammenfassende Erklärung über die Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung in dem Bebauungsplan berücksichtigt wurden, und aus welchen Gründen der Plan nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten gewählt wurde, bei der Gemeinde (Bauamt, Münchsdorfer Str. 27, 94439 Roßbach, Öffnungszeiten: Montag – Freitag: 8.00 – 12.00 Uhr, Montag – Mittwoch: 13.00 – 16.30 Uhr) einsehen und über deren Inhalt Auskunft verlangen.

Auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie die Rechtsfolgen des §215 Abs. 1 BauGB wird hingewiesen.

Unbeachtlich werden demnach

1. eine nach §214 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des §214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans,
3. nach §214 Abs. 3 S. 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs und
4. nach §214 Abs. 2a im beschleunigten Verfahren beachtliche Fehler,

wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Bebauungsplans schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind; der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen. Außerdem wird auf die Vorschriften des §44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB hingewiesen. Danach erlöschen Entschädigungsansprüche für nach den §§ 39 bis 42 BauGB eingetretene Vermögensnachteile, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruches herbeigeführt wird.

Roßbach, den 21.07.2022


Ludwig Eder | Erster Bürgermeister


Angeschlagen am: 21.07.2022 gem. § 37 Gescho

Abgenommen am: NZ: